

Weiss
Brennpunkte des Unternehmenssteuerrechts

Brennpunkte des Unternehmenssteuerrechts

Erläuterungen und Gestaltungshinweise zum KöMoG

Herausgegeben von

Dr. Martin Weiss
Dipl.-Kfm., Steuerberater,
FB für Int. Steuerrecht, München

Bearbeitet von

Dr. Julia Busch
Dipl.-Kffr., Steuerberaterin,
Wirtschaftsprüferin, München

Prof. Dr. Thomas Egner
Steuerberater
Bamberg

Dr. Jörn Grosch
Rechtsanwalt, Steuerberater
Hamburg

Dr. Felix Krauß, M.Sc.
Steuerberater
München

Thomas Lorenz, M.Sc.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Bamberg

Dr. Thomas Stein
Rechtsanwalt, Steuerberater
Ulm

Prof. Dr. Christian Zwirner
Dipl.-Kfm., Steuerberater,
Wirtschaftsprüfer, München

Dr. Katrin Dorn
Steuerberaterin
München

Dr. Henning Frase, LL.M.
Rechtsanwalt, Steuerberater
FB für Int. Steuerrecht, Köln

Klaus Himmer
Steuerberater
München

Dr. Gustav Liedgens
Steuerberater
Bonn

Vera Niedermeyer
Rechtsanwältin
Düsseldorf

Dr. Martin Weiss
Dipl.-Kfm., Steuerberater,
FB für Int. Steuerrecht, München

2024



Zitiervorschlag: Weiss Brennpunkte UnternehmensStR/Bearbeiter
Rn. 1

beck.de

ISBN 978 3 406 78535 1

© 2024 Verlag C.H.BECK oHG

Wilhelmstr. 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH,
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Fotosatz Buck

Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses
Werkes zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Der „Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts“ vom 25.6.2021 (BGBl. I 2021 S.2050, „KöMoG“) hat wichtige Veränderungen im Ertragsteuerrecht mit sich gebracht. Die wesentlichen Themenbereiche waren dabei:

- Die Optionsmöglichkeit für Personenhandels- und Partnerschaftsgesellschaften zur Besteuerung nach dem Einkommen „wie eine Kapitalgesellschaft“, mit entsprechenden Folgerungen für die Gesellschafter, in § 1a KStG.
- Die Erweiterung des persönlichen Anwendungsbereichs des „Verschmelzungsteils“ des Umwandlungssteuergesetzes (§§ 3-19 UmwStG) auch auf Drittstaatenfälle durch ersatzlose Streichung des § 1 Abs. 2 UmwStG.
- Die Umsetzung der sogenannten „Einlagelösung“ bei den organschaftlich verursachten Mehr- und Minderabführungen in einer körperschaftsteuerlichen Organschaft nach § 14 Abs. 4 KStG.
- Die Ausnahme vom Abzugsverbot des § 8b Abs. 3 Satz 4 ff. KStG für Währungskursverluste aus Konzerndarlehen in § 8b Abs. 3 Satz 6 KStG.

All diese Änderungen und Ergänzungen hat der Gesetzgeber in sehr lobenswerter Geschwindigkeit umgesetzt. Insbesondere die Öffnung des Umwandlungssteuergesetzes auch für Drittstaaten-Umwandlungen war eine seit Langem erhobene Forderung der deutschen Industrie, der der Gesetzgeber dankenswerter Weise nun nachgekommen ist.

Zu dem neu geschaffenen § 1a KStG hat zudem die Finanzverwaltung am 10.11.2021 ein umfassendes Schreiben herausgegeben. Ebenso hat sie die Einlagelösung bei der körperschaftsteuerlichen

Vorwort

Organschaft mit einem Schreiben vom 29.9.2022 aus ihrer Sicht gewürdigt. Bezüglich der Veränderungen in § 1 UmwStG ist mit einem neuen Umwandlungssteuererlass im Laufe des Jahres 2024 zu rechnen, nachdem am 10.11.2023 eine Entwurfsfassung veröffentlicht wurde.

Dieser grundsätzlich positiven Sichtweise des KöMoG soll auch der vorliegende Band Rechnung tragen. Er würdigt die Veränderungen durch das Gesetz, wobei der Fokus auf einer rückblickenden Gesamtschau liegt. Derzeit ist der Gesetzgeber des „Wachstumschancengesetzes“ dabei, sowohl kleinere Korrekturen beim Optionsmodell des § 1a KStG vorzunehmen als auch simultan die Thesaurierungsbegünstigung des § 34a EStG – als mögliche Alternative – attraktiver zu gestalten. Evaluationen haben gezeigt, dass § 1a KStG bislang nur in geringem Umfang praktisch umgesetzt wird, so dass eine Nachbesserung sicherlich sinnvoll ist. Zudem hat der Steuerpflichtige mit einer verbesserten Thesaurierungsbegünstigung des § 34a EStG zukünftig möglicherweise eine „minimalinvasive“, nicht sperrfristbehaftete Alternative zur Verfügung.

Ich bedanke mich bei den Autorinnen und Autoren des Bandes, die mit großer Geduld an der Fertigstellung gearbeitet haben, sowie bei Frau Susanne Rücker, die einen großen Teil der Arbeit im Lektorat geleistet hat.

München, im Winter 2023

Martin Weiss

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Literatur- und Abkürzungsverzeichnis	XXIII

A. Die Option zur Körperschaftbesteuerung nach § 1a KStG

I. Betriebswirtschaftliche Grundlagen der Option ...	1
II. Ausübung der Option zur Körperschaftbesteuerung nach § 1a Abs. 1 KStG	35
III. Wirkungen der Option	41
IV. Die Rückoption zur transparenten Besteuerung nach § 1a Abs. 4 KStG	84
V. Besonderheiten bei vermögensverwaltenden Personengesellschaften	97
VI. Besonderheiten bei der Erbschaftsteuer	114
VII. Besonderheiten der Option zur Körperschaftbesteuerung im Internationalen Steuerrecht	139
VIII. Besonderheiten der Rechnungslegung bei der Option	166
IX. Gesellschaftsvertragliche und andere vertragsrechtliche Fragestellungen im Zusammenhang mit dem KöMoG	221

Inhaltsübersicht

B. Die Einlagelösung für Minder- und Mehrabführungen in der körperschaftsteuerlichen Organschaft

I.	Einführung	271
II.	Die Ausgleichspostenlösung nach § 14 Abs. 4 KStG aF, Systemwechsel zur Einlagelösung und Anpassungen durch das JStG 2022	281
III.	Rechtsfolgen von Minder- und Mehrabführungen nach § 14 Abs. 4 KStG nF	291
IV.	Übergangsbestimmungen (§ 34 Abs. 6e S. 7–20 KStG)	318
V.	Einlagelösung bei Kettenorganschaft	333
VI.	Einlagelösung bei mittelbarer Organschaft	338
VII.	Gedanken de lege ferenda zur Vereinfachung von Minder- und Mehrabführungen	362

C. Globalisierung des Verschmelzungsteils im Umwandlungssteuerrecht

I.	Aufhebung des § 1 Abs. 2 UmwStG durch das Körperschaftsteuermodernisierungsgesetz	366
II.	Anpassung des § 1 Abs. 4 UmwStG durch das Körperschaftsteuermodernisierungsgesetz	377
III.	Zusammenfassendes Beispiel	382

D. Steuerliche Abzugsfähigkeit von Währungskursverlusten, § 8b Abs. 3 S. 6 KStG

I.	Hintergrund	403
II.	Entstehungsgeschichte	405
III.	Tatbestand	408
IV.	Rechtsfolge	411
V.	Abgrenzungs- und Anwendungsfragen	413
VI.	Fazit	414
	Stichwortverzeichnis	417

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Literatur- und Abkürzungsverzeichnis	XXIII

A. Die Option zur Körperschaftbesteuerung nach § 1a KStG

I.	Betriebswirtschaftliche Grundlagen der Option	1
1.	Einführung	1
2.	Rechtsformenwahl	3
3.	Transparenz- vs. Trennprinzip	5
4.	Belastungsvergleiche	9
a)	Grundstruktur des Belastungsvergleichs	10
b)	Variationen	17
5.	Akzeptanz in der Praxis und jüngste Entwicklungen	26
a)	Akzeptanz des § 1a KStG in der Praxis	26
b)	Jüngste Entwicklungen	29
6.	Fazit	33
II.	Ausübung der Option zur Körperschaftbesteuerung nach § 1a Abs. 1 KStG	35
1.	Erstmaliger Antrag zum Wirtschaftsjahr 2022	36
2.	Antragsberechtigung nach § 1a Abs. 1 KStG	36
3.	Form des Antrags	38
4.	Entscheidung über den Antrag	40
III.	Wirkungen der Option	41
1.	Wirkungen auf Ebene der Gesellschaft (§ 1a Abs. 2 KStG)	41
a)	Fiktion eines Formwechsels (§ 1a Abs. 2 S. 1, 2 KStG)	41
aa)	Sachliche Anwendbarkeit des Umwand- lungssteuergesetzes	43

Inhaltsverzeichnis

bb)	Persönliche Anwendbarkeit des Umwand-	
	lungssteuergesetzes	43
cc)	Anwendung des Verweises in § 25 S. 1	
	UmwStG auf § 20 Abs. 1 UmwStG	50
dd)	Anwendung des § 20 Abs. 2 ff. UmwStG	51
ee)	Wirkungen auf Verlustvorträge	53
ff)	Sperrfristverhaftung der erhaltenen Anteile	
	(§ 22 UmwStG)	56
gg)	Miteinbringung von Anteilen (§ 22 Abs. 1	
	S. 5 UmwStG)	58
hh)	Wirkungen für noch laufende Sperrfristen . .	58
b)	Wirkungen bei der Körperschaftsteuer	59
aa)	Grundsätze	59
bb)	„Wegfall“ anwendbarer Regelungen	61
cc)	Ermittlung des körperschaftsteuerlichen zu	
	versteuernden Einkommens	64
dd)	Verluste der optierenden Gesellschaft	66
ee)	Keine Organgesellschaftsfähigkeit	67
c)	Wirkungen bei der Gewerbesteuer	68
aa)	Sachliche Gewerbesteuerpflicht der optie-	
	renden Gesellschaft	68
bb)	Ermittlung des Gewerbeertrags	70
cc)	Gewerbesteuerliche Fehlbeträge der optie-	
	renden Gesellschaft	71
d)	Wirkungen bei anderen Steuerarten	72
aa)	Beschränkung auf die Ertragsteuern	72
bb)	Begrenzte Anpassung des	
	Grunderwerbsteuergesetzes	72
e)	Wirkungen bei Umwandlungen	75
aa)	Grundsätze	75
bb)	Wirkungen im Verschmelzungsteil des	
	Umwandlungssteuergesetzes (§§ 3-19	
	UmwStG)	76
cc)	Wirkungen im Einbringungsteil des Um-	
	wandlungssteuergesetzes (§§ 20 ff. UmwStG)	77
2.	Wirkungen auf Ebene der Gesellschafter	
	(§ 1a Abs. 3 KStG)	78

Inhaltsverzeichnis

a) Anteile an der Personenhandelsgesellschaft oder Partnerschaftsgesellschaft	78
b) Einnahmen des Gesellschafters	80
aa) Einkünfte aus Kapitalvermögen nach § 20 Abs. 1 Nr. 1 EStG	81
bb) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	83
cc) Einkünfte aus Kapitalvermögen nach § 20 Abs. 1, 2 Nr. 7 EStG	83
dd) Einkünfte aus Vermietung und Ver- pachtung nach § 21 EStG oder sonstigen Einkünften nach § 22 EStG	84
IV. Die Rückoption zur transparenten Besteuerung nach	
§ 1a Abs. 4 KStG	84
1. Gesetzliche Regelung zum Regelfall der Rückoption	85
2. Zeitliche Dimension der Rückoption	85
3. Wirkungen der Rückoption	86
a) Wirkungen auf die laufende Besteuerung	86
b) Wirkungen des fingierten Formwechsels	87
aa) Anwendbarkeit des Umwandlungssteuer- gesetzes	87
bb) Antragstellung zum Buch- oder Zwischen- wertansatz	88
cc) Folgen des fingierten Formwechsels	89
dd) Sperrfrist des § 18 Abs. 3 UmwStG	90
ee) Wirkungen auf laufende Sperrfristen	92
4. Zwingende Beendigung der Option	93
a) Zwingende Rückoption nach § 1a Abs. 4 S. 4 KStG	93
b) Zwingende Rückoption nach § 1a Abs. 4 S. 5 KStG	94
c) Zwingende Beendigung der Option nach § 1a Abs. 4 S. 7 KStG	96
V. Besonderheiten bei vermögensverwaltenden Perso- nengesellschaften	
1. Antragsberechtigung der vermögensverwaltenden OHG bzw. KG	98

Inhaltsverzeichnis

2. Wirkung des Antrags: fiktiver Formwechsel, entsprechende Anwendung des § 25 UmwStG	99
a) Kein steuerneutraler Formwechsel nach § 25 iVm § 20 UmwStG möglich	99
b) „Begrenzte“ Steuerneutralität unter § 25 S. 1 iVm § 21 UmwStG möglich	102
c) Steuerfolgen des Tausches	102
d) Vorherige Umwandlung der Personen(handels-)gesellschaft in eine gewerbliche Personengesellschaft als Alternative?	104
3. Steuerfolgen der Rückoption	107
a) Formwechsel nach § 9 UmwStG (mit Betriebsvermögen)	110
b) Formwechsel nach §§ 9, 8 UmwStG (ohne Betriebsvermögen)	111
4. Vorteilhaftigkeitsüberlegungen des Optionsmodells für vermögensverwaltende Personengesellschaften . . .	113
VI. Besonderheiten bei der Erbschaftsteuer	114
1. Änderungen im ErbStG durch das KöMoG	115
a) Änderungen in § 13b Abs. 1 Nr. 2 ErbStG	116
b) Weitere gesetzliche Anpassungen: Behaltensfristen, Finanzmittel	118
2. Auswirkungen bei Ausübung der Option	119
a) Umfang des begünstigungsfähigen Vermögens . . .	119
b) Übertragung einer Mitunternehmerstellung als Begünstigungsvoraussetzung	123
c) Nießbrauch	125
d) Keine Einordnung als Verwaltungsvermögen iSv § 13b Abs. 4 Nr. 2 ErbStG	126
e) (Keine) Entstehung von Verwaltungsvermögen durch Ausübung der Option	127
f) Nachversteuerungstatbestände	128
aa) (laufende) Lohnsummenregelungen	129
bb) Behaltensfristen	131
3. Auswirkungen bei Ausübung der Rückoption	137
4. Fazit	138

Inhaltsverzeichnis

VII. Besonderheiten der Option zur Körperschaftsbesteuerung im Internationalen Steuerrecht	139
1. Möglichkeiten zur Option bei grenzüberschreitenden Sachverhalten	139
a) Berechtigung zur Option unter § 1a Abs. 1 KStG	139
b) Einschränkungen der Optionsmöglichkeit	142
c) Keine Anforderungen an die Gesellschafter aus § 1a KStG	144
aa) Ansässigkeit der Gesellschafter für § 1a KStG irrelevant	144
bb) Ansässigkeit der Gesellschafter für § 1 Abs. 4 UmwStG relevant	145
cc) Anwendung der §§ 20 ff. UmwStG	146
d) Rückoption unter § 1a Abs. 4 KStG	150
aa) Rückoption nach § 1a Abs. 4 S. 1 KStG	150
bb) Anwendbarkeit des Umwandlungssteuergesetzes	150
cc) Umwandlungssteuerrechtliche Besonderheiten bei der Rückoption nach § 1a Abs. 4 S. 1 KStG	151
2. Rechtsfolgen der Option des § 1a Abs. 1 KStG für die Besteuerung grenzüberschreitender Sachverhalte	154
a) Folgen auf Ebene der optierenden Gesellschaft	154
aa) Unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht	154
bb) Beschränkte Körperschaftsteuerpflicht	156
cc) Keine Richtlinien-Berechtigung	157
b) Folgen auf Ebene des Gesellschafters der optierenden Gesellschaft	158
aa) Aufgriff von Einkünften nach nationalem Recht und den DBA	158
bb) Einkünfte nach § 20 Abs. 1 Nr. 1 EStG	158
cc) Aufgriff unter den DBA	159
dd) Gewinne aus der Veräußerung der Anteile an der optierenden Gesellschaft	161
ee) Mögliche Eigenschaft als Zwischengesellschaft für Zwecke der Hinzurechnungsbesteuerung (§§ 7 ff. AStG)	164

Inhaltsverzeichnis

VIII. Besonderheiten der Rechnungslegung bei der Option . .	166
1. Einleitung	166
2. Ertragsteuerliche Auswirkungen auf Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung	172
a) Grundsätzliches zu Steuern in der Handelsbilanz .	172
b) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	175
c) Latente Steuern	177
aa) Anwendungsbereich	177
bb) Anzuwendender Steuersatz	179
cc) Entwicklung der relevanten Bilanzansatzdifferenzen inklusive Ergänzungs- und Sonderbilanzen	182
dd) Verlustvorträge	185
ee) Anforderungen an die Berichterstattung	187
ff) Latente Steuern auf Gesellschafterebene	188
gg) Auswirkungen im Konzern	191
hh) Ausschüttungssperre	194
d) Steuerrückstellungen	195
e) Personalaufwand	196
f) Sonstige Verbindlichkeiten	198
g) Weitere Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	198
h) Eigenkapital und Ergebnisverwendung	200
3. Bedeutung für handelsrechtliche Größenklassen	203
4. Weitere Besonderheiten in der Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung im Kontext der Optionsausübung	208
5. Ausgewählte Folgen für die Anhangberichterstattung	210
6. Auswirkungen auf ausgewählte Kennzahlen	212
a) Effektive Steuerquote	212
b) Rentabilitätskennzahlen	213
c) Eigenkapitalquote	214
7. Beteiligungsbilanzierung und -bewertung auf Ebene der Gesellschafter	214
8. Geplante Anpassungen durch das Wachstumschancengesetz	217
9. Fazit	219

Inhaltsverzeichnis

IX. Gesellschaftsvertragliche und andere vertragsrechtliche Fragestellungen im Zusammenhang mit dem KöMoG	221
1. Zivilrechtliche Vorteile der KöMoG GmbH & Co. KG gegenüber der GmbH: Möglichkeiten der Anteilsübertragungen ohne notarielle Einbindung und Mitbestimmung	222
2. Anpassungen der Gesellschaftsverträge von Partnerschafts- und Personenhandelsgesellschaften, die gem. § 1a KStG optieren	224
a) Schaffung der gesellschaftsrechtlichen Ausgangslage für eine Option	224
aa) Begründung einer Personenhandels-/Partnerschaftsgesellschaft	224
bb) Prüfung: Ausgestaltung einer GmbH & Co. KG als Einheitsgesellschaft	225
cc) Bedeutung des Sitzes, Antragsrecht auch für ausländische Gesellschaften	226
b) Stimmrechte in Personenhandels-/Partnerschaftsgesellschaften	228
aa) Die Mehrheitsentscheidung bei der Personenhandelsgesellschaft	229
bb) Mehrheitsentscheidung beim Optionsantrag nach § 1a KStG	230
cc) Gesellschafterliche Treuepflicht als Zustimmungspflicht?	232
dd) Keine Anwendung der weiteren zivilrechtlichen Voraussetzungen eines wirksamen Umwandlungsbeschlusses	233
c) Vertretungsbestimmung	234
aa) Grundsätzliche Vertretung	234
bb) Vertretereigenschaft und Bescheidempfang für die Gesellschaft	236
cc) Vertretung der Gesellschaft für die Abgabe des Optionsantrages	236
d) Vergütungen für die Tätigkeiten der Gesellschafter	238

Inhaltsverzeichnis

e)	Haftung der Gesellschafter für Steuern; Gewerbesteuern aufgrund der Option	239
f)	Regelungen zur Kontenstruktur der Gesellschaft .	241
aa)	Differenzierung zum Zweck der Abbil- dung des steuerlichen Einlagenkontos	241
bb)	Regelungsnotwendigkeiten im Zusam- menhang mit Ergänzungsbilanzkapital	245
cc)	Verzinsungen der einzelnen Konten	248
g)	Ergebnisermittlung/Ergebnisverwendung im Gesellschaftsvertrag	251
h)	Entnahmeregeln im Gesellschaftsvertrag	252
aa)	Berücksichtigung der Ausschüttungs- besteuerung bei den gesellschaftsvertrag- lichen Entnahmeregeln, insb. auch Steuerentnahmeregeln	253
bb)	Entnahmen bei fehlender Tätigkeitsver- gütung und Berücksichtigung der Bedürf- nisse rein passiver Gesellschafter	255
i)	Gesellschaftsvertragliche Abfindungsklauseln	256
j)	Ausscheiden des vorletzten Gesellschafters/ Nachfolgeklauseln	258
k)	Kündigungsfristen, Gesellschafterausschlüsse	259
3.	Laufende Besteuerung und KöMoG, Anpassungs- erfordernisse, Sonderfall Realteilung	261
4.	Nießbrauchsregelungen auf dem Prüfstand/We- sentliche Regelungsaspekte	262
a)	Stimmrechtsausübung	262
b)	Ertragszuweisung/Entnahmeregeln	264
c)	Gewerbesteuer und Entnahmegewinne	265
5.	Rückoption zur Ertragsbesteuerung – Vertragliche Regelungsüberlegungen	268
a)	Beitritt einer GmbH als weiterer Gesellschafter . .	268
b)	Schadensersatzregelungen für den kausal die Besteuerungsfolgen auslösenden Gesellschafter . . .	269
c)	Gestaltungsüberlegung: Testamentsvollstre- ckung zur Vermeidung von § 1a Abs. 4 S. 4 KStG .	270

B. Die Einlagelösung für Minder- und Mehrabführungen in der körperschaftsteuerlichen Organschaft

I.	Einführung	271
1.	Was sind Minder- und Mehrabführungen?	271
2.	Notwendigkeit von steuerlichen Korrekturen (Prinzip der Einmalbesteuerung)	273
3.	Prüfungsschema	275
a)	Schritt 1: geschäftsvorfallbezogene Identifizierung	275
b)	Schritt 2: Differenzierung zwischen Verursachung in vororganschaftlicher und organschaftlicher Zeit	275
aa)	Zeitpunkt der steuerlichen Wirksamkeit der Organschaft als Trennlinie	275
bb)	Bilanzielle Erfassung des Geschäftsvorfalles als Ursache von Minder- und Mehrabführungen	276
cc)	Das Phänomen der außerorganschaftlichen Verursachung	278
II.	Die Ausgleichspostenlösung nach § 14 Abs. 4 KStG aF, Systemwechsel zur Einlagelösung und Anpassungen durch das JStG 2022	281
1.	Bildung organschaftlicher Ausgleichsposten (§ 14 Abs. 4 KStG aF)	281
2.	Auflösung organschaftlicher Ausgleichsposten (§ 14 Abs. 4 KStG aF)	283
3.	Systemwechsel zur Einlagelösung durch das KöMoG und JStG 2022	286
III.	Rechtsfolgen von Minder- und Mehrabführungen nach § 14 Abs. 4 KStG nF	291
1.	Organschaftliche Minderabführungen im System der Einlagelösung	292
a)	Fiktion der Einlage des Organträgers in die Organgesellschaft (§ 14 Abs. 4 S. 1 KStG)	292
b)	Auswirkung auf Ebene der Organgesellschaft: Erhöhung des steuerlichen Einlagekontos (§ 27 Abs. 6 KStG)	293

Inhaltsverzeichnis

c) Auswirkung auf Ebene des Organträgers: erfolgswirksame aber einkommensneutrale Er- höhung des Beteiligungsbuchwerts	294
2. Organschaftliche Mehrabführungen im System der Einlagelösung	298
a) Fiktion der Einlagenrückgewähr (§ 14 Abs. 4 S. 2 KStG)	298
b) Ebene der Organgesellschaft: vorrangige Min- derung des steuerlichen Einlagekontos (§ 27 Abs. 6 KStG)	300
c) Ebene des Organträgers: Minderung des Be- teiligungsbuchwerts	302
aa) Minderung bis zum Beteiligungsbuchwert . .	303
bb) Steuerliche Behandlung einer übersteigen- den Mehrabführung	305
3. Definition von Minder-/Mehrabführungen (§ 14 Abs. 4 S. 6 KStG)	308
4. Zeitpunkt von Minder- und Mehrabführungen (§ 14 Abs. 4 S. 7 KStG)	312
5. Saldierung von organschaftlichen Minder- und Mehrabführungen	314
6. Erstmalige Anwendung von § 14 Abs. 4 KStG nF (§ 34 Abs. 6e S. 5 u. 6 KStG)	317
IV. Übergangsbestimmungen (§ 34 Abs. 6e S. 7–20 KStG) . .	318
1. Auflösung bestehender Ausgleichsposten	319
a) Gesetzgeberische Entscheidung zur Auflösung . .	319
b) Aktive Ausgleichsposten erhöhen, passive Aus- gleichsposten mindern den Buchwert der Be- teiligung an der Organgesellschaft	321
c) Vorrangige Erhöhung der Beteiligungsbuch- werte durch Angleichungsfaktor	322
d) Besteuerung eines Gewinns aufgrund eines übersteigenden passiven Ausgleichspostens	325
2. Wahlrecht zur Bildung einer gewinnmindernden Rücklage	327
a) Bildung der Rücklage iSv § 34 Abs. 6e S. 15 KStG	327
b) Auflösung der Rücklage iSv § 34 Abs. 6e S. 15 KStG	330

Inhaltsverzeichnis

V.	Einlagelösung bei Kettenorganschaft	333
1.	Einlagelösung bei Organschaftsketten	334
2.	Besonderheiten der Übergangsbestimmungen iSv § 34 Abs. 6e S. 7 ff. KStG	337
VI.	Einlagelösung bei mittelbarer Organschaft	338
1.	Zulässigkeit von mittelbaren Organschaften	338
2.	Schwierigkeiten bei Minder-/Mehrabführungen in mittelbaren Organschaften	340
a)	Rechtsunsicherheiten bei Ausgleichsposten nach altem Recht	340
b)	Diskutierte Lösungsansätze iRd Einlagelösung . . .	342
3.	Minder- und Mehrabführungen bei mittelbarer Organschaft	344
a)	Steuerbilanzielle Auswirkungen entlang der Beteiligungskette	344
b)	Auswirkungen auf das steuerliche Einlagekonto . .	354
4.	Anwendung der Übergangsregelungen bei mittel- barer Organschaft	356
a)	Ausschließlich mittelbare Beteiligung	357
b)	Teils unmittelbare, teils mittelbare Beteiligung . .	359
VII.	Gedanken de lege ferenda zur Vereinfachung von Minder- und Mehrabführungen	362

C. Globalisierung des Verschmelzungsteils im Umwandlungssteuerrecht

I.	Aufhebung des § 1 Abs. 2 UmwStG durch das Körperschaftsteuermodernisierungsgesetz	366
1.	Anwendbarkeit des Umwandlungssteuergesetzes . . .	366
2.	Sachliche Anwendbarkeit im Verschmelzungsteil (§§ 3–19 UmwStG)	367
3.	Persönliche Anwendbarkeit im Verschmelzungsteil (§§ 3–19 UmwStG)	370
a)	Regelung bis zum KöMoG	370
b)	Sonderregelung in § 12 Abs. 2 KStG aF	373
c)	Aufhebung des § 1 Abs. 2 UmwStG durch das KöMoG	375

Inhaltsverzeichnis

II.	Anpassung des § 1 Abs. 4 UmwStG durch das Körperschaftsteuermodernisierungsgesetz	377
1.	Sachliche Anwendbarkeit des Einbringungsteils (§§ 20 ff. UmwStG)	377
2.	Persönliche Anwendbarkeit des Einbringungsteils (§§ 20 ff. UmwStG)	378
a)	Anforderungen an den übernehmenden Rechtsträger	379
b)	Anforderungen an den umwandelnden, einbringenden oder übertragenden Rechtsträger	379
aa)	Anforderungen aus § 1 Abs. 4 S. 1 Nr. 2 Buchst. a UmwStG	380
bb)	Anforderungen aus § 1 Abs. 4 S. 1 Nr. 2 Buchst. b UmwStG	381
III.	Zusammenfassendes Beispiel	382
1.	Sachverhalt	383
2.	Lösung	383
a)	Antrag nach § 1a Abs. 1 KStG	383
b)	Fiktiver Formwechsel nach § 25 UmwStG	385
aa)	Anwendbarkeit des Umwandlungssteuergesetzes	385
bb)	Anwendbarkeit des § 20 UmwStG	387
cc)	Ansatz des übernommenen Betriebsvermögens	388
dd)	Folgen der Anträge nach § 20 Abs. 2 UmwStG	390
ee)	Sperrfristen nach § 22 UmwStG	391
c)	Laufende Besteuerung der AB-KG	392
3.	Erste Abwandlung des Sachverhalts	393
a)	Zusätzliche Angaben	393
b)	Lösung	393
4.	Zweite Abwandlung des Sachverhalts	396
a)	Zusätzliche Angaben	396
b)	Lösung	396
aa)	Folgen aus der fiktiven Verschmelzung	397
bb)	Folgen für laufende Sperrfristen	401

Inhaltsverzeichnis

D. Steuerliche Abzugsfähigkeit von Währungskursverlusten, § 8b Abs. 3 S. 6 KStG

I. Hintergrund	403
II. Entstehungsgeschichte	405
III. Tatbestand	408
IV. Rechtsfolge	411
V. Abgrenzungs- und Anwendungsfragen	413
VI. Fazit	414
Stichwortverzeichnis	417